



Wir haben es satt! Plöner Grüne bei der großen Anti-Massentierhaltungsdemo in Berlin

## **Einladung zur Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Plön**

**Schwerpunkte: Quo vadis, Grüne? + Landesparteitag**

**Gäste: Monika Heinold (Finanzministerin) + Rasmus Andresen, MdL**

**am 27. April 2015, 19:00 Uhr in Laboe**

## Inhalt

Editorial: Grüne - zu zahm oder zu radikal?	3
Einladung zur Kreismitgliederversammlung	4
Antrag: Stadtbahn Kiel – wir bleiben dran!	4
Post vom Schatzmeister: Statusbericht und Anträge zur KMV	6
Antrag zum Landesparteitag: Fortentwicklung des Kommunalwahlrechts	8
Antrag zum Landesparteitag: Erbschaftssteuer	10
„Offene Mail“ an unsere MdB zum Völkermord an den Armeniern	11
10. März 2015: Flagge zeigen für Tibet!	12
Resolution der Stadtvertretung Lütjenburg zu TTIP	13
Ortsverband Probstei: Fracking und Schwimmhalle bleiben Thema	14
Finanzstatus und Mittelfristige Finanzplanung KV Plön	15
Wichtige Ansprechpartner/-innen im Kreis Plön	16

## Veranstaltungen

### **Aktionstag gegen TTIP, CETA und TISA - auch in Kiel**

18.04.2015, Demo: 13 Uhr, Hauptbahnhof

Vormittags verschiedene Stände in der Innenstadt von BUND, Attac, Verdi u.a.; Treffpunkt zur Kundgebung und Demo um 13 Uhr am Hauptbahnhof

### **Start der Kampagne „PROKUH“**

19.04.2015, 11.00 Uhr, Veranstaltungszentrum Die Pumpe, Haßstraße 22, 24103 Kiel

Buchvorstellung am „Tag der Kuh“ zusammen mit Tanja Busse (Autorin / ProVieh), dem Milchbauern und Schriftsteller Michael Stührwoldt, dem Filmemacher Bertram Verhaag und dem Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Robert Habeck.

### **Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf zum Tchernobyl-Jahrestag**

26.04.2015, 11.56 Uhr, AKW Brokdorf

Bustickets (solange der Vorrat reicht) im Buchladen „Zapata“, Wilhemplatz 6, 24116 Kiel. Kosten 10 Euro/Ticket, Abfahrt um 10.00 Uhr auf dem Wilhemplatz in Kiel.

### **„Come-in oder Push Back“**

07.05.2015, 17.00 – 19.00 Uhr, Landeshaus in Kiel

Veranstaltung der Koalitionsfraktionen zum Thema Flüchtlinge

Anmeldung bis zum 23.04. an a.lessmann@spd.ltsh.de oder telefonisch unter 0431/988-1307

### **Flüchtlinge willkommen: Wie die SchlaU-Schule aus München Jugendlichen Rückenwind gibt**

11.05.2015, 19.00 Uhr, Landeshaus in Kiel

Zu Gast im Rahmen der „plietsch!“-Reihe der grünen MdL Anke Erdmann und Ines Strehlau dieses Mal Schulleiter Michael Stenger, Mona Golla (ZBBS) und Heidi Näpflein (Handwerkskammer Lübeck).

Anmeldung unter 0431 - 988 1500 oder unter fraktion@gruene.ltsh.de erbeten.

## Editorial: Grüne - zu zahm oder zu radikal?

Was uns alle sicherlich eint ist dies: Wir wollen die Welt gesünder, nachhaltiger und gerechter machen.

Über den Weg dahin scheiden sich auch bei uns im Kreisverband die Geister: Die einen wollen ganz konkret in ihrer Gemeinde etwas dazu beitragen, Fahrradwege bauen, Flüchtlinge herzlich begrüßen, die Kindergärten gut ausstatten – das tut Not und ist urgrüne Politik. Ihr Motto lautet vielleicht „tue Gutes“.

Andere halten es für nötig, dass wir unseren Lebensstil radikal ändern: Ökologisch und möglichst vegan essen, nicht fliegen, wenig Energie verbrauchen. Wieder andere fordern eine grundlegend andere Politik in Berlin und in der EU. Und manche verzweifeln angesichts von Hunger und Terror in der Welt und befürchten, dass wir den Klimawandel sowieso nicht mehr rechtzeitig stoppen können.

Auch die Ansprüche an unsere Grüne Politik sind sehr verschieden: Einige von uns befürchten, dass wir unsere MitbürgerInnen durch radikale Forderungen verschrecken, andere finden, dass die Grünen viel zu zahm geworden sind. Und vermutlich haben alle irgendwie Recht! Wir jedenfalls freuen uns über jede und jeden, die sich engagieren, um die Welt zu verbessern – egal ob bei Greenpeace, Attac oder den Grünen – ob radikal oder realpolitisch – Hauptsache, das Herz sitzt auf dem richtigen Fleck.

Die unterschiedlichen Erwartungen stellen natürlich auch uns als Kreisvorstand vor kaum lösbare Erwartungen. Umso mehr kommt es darauf an, den Raum für den Austausch von „Grünen“ aller Art und Fassung zu öffnen. Martins Lieblingsphilosoph, Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen sagte mal, dass Demokratie nicht in erster Linie Stimmabgabe, sondern vor allem freier öffentlicher Diskurs bedeutet. Wenn wir uns gegenseitig respektieren und die Chance nutzen, uns mit klugen grünen und anderen Menschen auszutauschen und voneinander zu lernen, ist schon viel gewonnen.

Wir haben diesmal zur Kreismitgliederversammlung zwei Spitzengrüne aus unterschiedlichen Lagern und unterschiedlichen Generationen eingeladen mit der Bitte, uns ihre Vision für grüne Politik darzustellen:

- Monika Heinold, 56, Finanzministerin, Realpolitikerin, seit Jahren eine der profiliertesten pragmatischen Grünen
- Rasmus Andresen, 29, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag Schleswig-Holstein, gehört dem Netzwerk Grüne Linke an, vertritt Schleswig-Holstein im Bundesparteirat.

Wir hoffen, dass es für alle Mitglieder und Freunde der Grünen mit unterschiedlichen Politikansätzen ein spannender Abend wird.

Monika Friebel

Karl-Martin Hentschel

## Einladung zur Kreismitgliederversammlung

**am Montag, 27. April 2015, 19:00 Uhr**

**im Café Restaurant Strandklaus Laboe**

Prof. Munzer Ring 1, 24235 Laboe ([www.strandklaus-laboe.de](http://www.strandklaus-laboe.de))

### Tagesordnung

- TOP 1: Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Versammlungsleitung, Protokoll
- TOP 2: Grüne Perspektiven – Quo vadis?
- Referat Monika Heinold, Finanzministerin
  - Referat Rasmus Andresen, Bundesparteirat + stv. Fraktionsvors.
  - Aussprache
- TOP 3: Stadtregionalbahn/Stadtbahn Kiel
- TOP 4: Erhöhung Etat Kreisgeschäftsführung
- TOP 5: Landesparteitag
- Antrag Kommunalwahlrecht
  - Antrag Erbschaftssteuer
  - Weitere Anträge
- TOP 6: Nachwahl Ersatzdelegierte/-r für den Landesparteitag
- TOP 7: Verschiedenes

Um 18 Uhr findet wie üblich eine mitgliederöffentliche Kreisvorstandssitzung statt.

---

### **Antrag: Stadtbahn Kiel – wir bleiben dran!**

Die KMV möge beschließen:

#### **Stadtbahn Kiel – wir bleiben dran!**

Die Grünen im Kreis Plön setzen weiter auf die Stärkung eines integrierten ÖPNV mit schienegebundenem Grundgerüst in der Kiel-Region. Die Grünen im Kreis Plön begrüßen daher die Grundsatzentscheidungen der Kieler SPD und der Kieler Grünen, nach dem Scheitern des Projekts Stadtregionalbahn zügig die Planungen einer Stadtbahn in Kiel mit Verbindungen in den Kreis Plön auf den Strecken Kiel-Schönberg und Kiel-Preetz-Plön aufzunehmen.

Die Plöner Kreistagsfraktion wird aufgefordert:

- mit den Kooperationspartnern im Plöner Kreistag und im Kieler Rat Grundsätze über den Bau einer Stadtbahn Kiel mit regionalen Ästen in den Kreis Plön zu vereinbaren
- eine angemessene Beteiligung des Kreises Plön an den Planungsprozessen und -kosten sicherzustellen

- sich gemeinsam mit den Kooperationspartnern für eine Beteiligung des Landes an den Planungskosten einzusetzen
- die für die SRB vorgesehene Bürgerbeteiligung auch bei einer Stadtbahn-Planung auf den Kreis Plön auszuweiten
- die Stadtbahn-Planung in ein stimmiges Mobilitätskonzept für die Region einzubetten, dass auch die Kosten-Nutzen-Verhältnisse alle Verkehrsträger transparent darstellt.

Sollte Kiel Ausrichter der Segelolympiade 2024 bzw. 2028 werden, müssen Fördermittel für den öffentlichen Verkehr (z.B. für die Stadtbahntauglichkeit der Holtenauer Hochbrücken und die Verbesserung des Fördeverkehrs) akquiriert werden.

### **Begründung:**

Im November 2014 haben 14 Fraktionen der Kreistage Plön und Rendsburg-Eckernförde ihre Unterstützung für die Stadt-Regionalbahn Kiel zum Ausdruck gebracht. Im Dezember 2014 haben die Ratsversammlung Kiel und der Kreistag Plön die nächsten Schritte beschlossen. Leider hat der Kreistag Rendsburg-Eckernförde nicht mitgezogen. Das ist schade, aber noch lange kein Grund, das Projekt Stadt-Regional-Bahn Kiel zu beerdigen. Vielmehr gilt es, die bisher einmalige Koalition aus LH Kiel, Kreis Plön und Land Schleswig-Holstein jetzt zu nutzen um eine Stadtbahn Kiel mit möglichen regionalen Ästen voranzubringen. Es gibt eine Chance, das Projekt neu aufzusetzen. Nach dem Motto: kleiner anfangen -- mit Partnern, die wirklich wollen - in bezahlbaren Teilschritten. Und dabei die Menschen mitnehmen.

Die Kiel Region ist bislang stark auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Das Konzept der SRB sollte Kiel eine Vorreiterfunktion zuweisen für den Umbau städtischer Verkehrssysteme von der „autogerechten“ zur „menschengerechten“ Stadt. Doch das Konzept, vor fast 15 Jahren entstanden, hatte einen Geburtsfehler: es war als Mammutprojekt aufgesetzt worden. Ein Projekt dieser Dimension lässt sich aber selten auf einmal realisieren.

In Frankreich haben sich in den vergangenen Jahren über 20 Städte, davon viele in der Größe Kiels (u.a. auch Kiels Partnerstadt Brest) für den Aufbau neuer Stadtbahnen entschieden. Die Projekte wurden immer als Gesamtprojekt für die Städte und Umlandregionen gesehen und immer schrittweise aufgebaut, beginnend mit einzelnen Vorzeigestrecken.

So können auch die hohen Anfangsinvestitionen „abgestottert“ werden. Es ist davon auszugehen, dass eine Stadtbahn Kiel mit einzelnen regionalen Ästen einen ähnlich hohen Nutzen-Kosten-Faktor wie das bisherige SRB-Konzept erreichen kann. Damit würde auch weiterhin eine hohe Förderung der Investitionskosten durch Bund (derzeit 60%) und Land (derzeit 25%) in die Region gelenkt. Geringere absolute Fördersummen für erste Teilstrecken machen Land und Bund die Förderentscheidungen leichter. Im Echtbetrieb würde sich auch überprüfen lassen, ob nicht -- wie andernorts -- die tatsächlichen Nutzerzahlen höher liegen, als die sehr konservativen Annahmen der Kosten-Nutzen-Analyse vermuten lassen.

Leider wurde von der Stadt Kiel versäumt, die Menschen zu beteiligen, sie von den Möglichkeiten zu überzeugen und ihre Ideen zu diskutieren. Für viele Kielerinnen und Kieler der Begriff „Straßenbahn“ mit einer altmodischen, langsamen Bimmelbahn verbunden. Eine moderne, schnelle und barrierefreie Stadtbahn auf eigenen Gleisen, die in ein städtebauliches Gesamtkonzept eingebunden ist, verlangt von den Menschen in der Kiel Region eine hohe Vorstellungskraft. Daher kann das Projekt nur gelingen, wenn es durch intensive Planungsworkshops

und ein professionelles Kommunikationskonzept begleitet wird. Dazu gehört auch eine breit angelegte Imagekampagne mit begeisternden Bildern und überzeugenden Fakten.

Strategisches Ziel bleibt die Integration der Idee der Stadtbahn in die Regionalentwicklung und die konsequente Darstellung der Stadtbahn als Projekt der Standortförderung und als ökologisches Projekt. In anderen Städte ist vielfach nicht nur eine Revolution des Stadtverkehrs gelungen, sondern auch eine Metamorphose der jeweiligen Regionen. Warum sollte in Kiel und im Kreis Plön nicht eine ähnliche Erfolgsgeschichte möglich sein? Der Aufbau eines neuen Stadtbahnnetzes als Teil einer Gesamtstrategie für den Wandel zu einer sozialeren, ökologischeren und erfolgreicherer Region.

*Antragsteller: Axel Hilker*

## **Post vom Schatzmeister: Statusbericht und Anträge zur KMV**

Liebe grüne Mitglieder und Interessierte an grüner Politik,

zunächst möchten wir uns vom Vorstand ganz herzlich für Eure finanziellen Beiträge wie für Euer Engagement und Eure Aktionen für die grüne Sachen danken. Politik kostet auch Geld! Ohne Eure Mitgliedsbeiträge, Spenden, Mandatsträgerabgaben könnten wir die politische Arbeit und vor allem die Wahlkampagnen nicht so gestalten, wie es nötig ist, um möglichst viele Wähler mit grüner Politik vertraut zu machen, sie zu überzeugen, grün zu wählen. Ein sehr gutes Beispiel dafür war die Kommunalwahl 2013, seit dieser sitzen nunmehr weit mehr als 100 Gemeindevertreter/-innen und bürgerliche Mitglieder in den Gemeindevertretungen und Stadtparlamenten für uns Grüne.

Um unsere grüne Arbeit in den Ortsverbänden (OVen) weiter zu stärken, haben wir seit einem Jahr eine separate Ortsverbandsfinanzierung mit separaten OV-Einnahme- und Ausgabekonten, die sich aus den entsprechenden Mandatsträgerabgaben aus den OVen und Gelder vom Kreisverband für die OVe speist (den OV-Abschluss 2014 konnten wir aus Platzgründen leider nicht abdrucken – ihr erhaltet ihn bei der/-m Finanzzuständigen eures OVs oder von Joscha, [joscha.john@gruene-kreis-ploen.de](mailto:joscha.john@gruene-kreis-ploen.de)).

Die gestiegene Mitgliederzahl ebenso wie die vielen Mandatsträger/-innen führen zu mehr Einnahmen. Dies erlaubt uns, unsere politische Arbeit weiter zu stärken, beispielsweise durch mehr grüne politische Aktionen, durch mehr Aus- und Fortbildung unserer Mandatsträger/-innen usw. Ein weiterer Baustein, den der Kreisvorstand Euch hiermit vorschlägt, wird die stundenmäßige Aufstockung der Kreisgeschäftsführerstelle von derzeit ca. 55h auf idealerweise etwa 80h pro Monat sein. Wir möchten die Stelle auch mit einer etwas höheren Dotierung ausstatten, sodass daraus längerfristig zusammen mit einer kommunalen Vernetzungsstelle eine solche wird, wovon die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber auch leben kann.

Dies erfordert eine Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung 2015 – 2019, die der Vorstand Euch hiermit ebenfalls vorschlägt. In den Jahren 2013 und 2014 haben wir Einnahmen um die 60.000€ verzeichnet. Die Ausgaben waren 2013 etwas mehr als 60.000€, in Jahr 2014 mit ca. 40.000€ deutlich niedriger. Der erzielte Überschuss geht in das Reinvermögen, das wir

über die nächsten Jahre weiter für die nächsten Wahlkampagnen in den Jahren 2017 und 2018 ansparen. Wir schlagen eine Erhöhung der Personalausgaben von derzeit etwa 9.000€ pro Jahr auf knapp 16.000€ im Jahr 2016. Mit diesen Anpassungen werden wir im Jahr 2018 geplant mit ca. 5.000€ abschließen – immer noch ein kleiner Puffer für unvorhergesehene Dinge. Den Abschluss 2014 und eine überarbeitete mittelfristige KV-Finanzplanung findet Ihr auf Seite 15.

Die vom Kreisvorstand vorgeschlagene Anpassung ist immer noch als sehr konservativ und solide zu bezeichnen: Geplante Einnahmen weniger als 80% der Ist-Werte der vergangenen Jahre und bei den Ausgaben liegt diese Quote unter 70% in Wahljahren; ansonsten unter 100%. Wir werben um eure Zustimmung zu diesen beiden Positionen

- a. Ausweitung der Kreisgeschäftsführerstelle wie beschrieben und um die daraus
- b. resultierende Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung unseres Kreisverbandes.

Noch einmal: Herzlichen Dank für eure Zuwendungen, die uns so viel grüne Politik ermöglichen! Und danke, dass ihr so viel grüne Politik mit uns gestaltet!

*Wolfgang Boppel*  
Schatzmeister

### **Antrag zum Landesparteitag: Fortentwicklung des Kommunalwahlrechts**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein streben eine Demokratisierung und Stärkung des Wählerinneneinflusses im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlrecht an. Dazu wird eine Projektgruppe (PG) „Wahlrechtsreform“ eingesetzt, die für alle Mitglieder offen ist.
- Diese PG erhält den Auftrag, Eckpunkte für einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten, der geeignet ist, das schleswig-holsteinische Kommunalrecht in Richtung auf mehr Demokratie, mehr BürgerInnenbeteiligung und die Erleichterung von Kandidaturen für Eltern von Kindern, Jugendlichen in der Ausbildung und Berufstätigen weiterzuentwickeln. Ziel sollte u. a. sein:
  - a) Die Direktwahl der Amtsausschüsse in den Ämtern einzuführen.
  - b) Möglichkeiten für die BürgerInnen zu schaffen, bei der Stimmabgabe mehr Einfluss auf die Auswahl der KandidatInnen zu nehmen.
  - c) Die Kandidatur von Menschen mit Kindern, eingespannten Berufstätigen und Menschen in der Ausbildung zu erleichtern.
- Die Landtagsfraktion wird gebeten Vertreter in die PG zu entsenden und sich aktiv an der Erarbeitung zu beteiligen.

- Die Ergebnisse der PG sind dem Landesparteitag 2016 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

### **Begründung**

Zu a) Schleswig-Holstein hat über 1000 Gemeinden, von denen weit über 90% zu einem Amt gehören. Dort fallen wesentliche Entscheidungen nicht im Gemeinderat, sondern im Amtsausschuss, der nicht demokratisch gewählt wird, sondern per Delegation durch die Gemeinden besetzt wird. Zwei Drittel der Mitglieder der schleswig-holsteinischen Amtsausschüsse sind deshalb BürgermeisterInnen von Kleinstgemeinden, die in den meisten Ämtern mehr als zwei Drittel der VertreterInnen stellen, obwohl sie nur eine Minderheit der WählerInnen repräsentieren. In fast der Hälfte der Gemeinden kandidiert nur eine einzige Liste ohne Konkurrenz. Dadurch werden regelmäßig die Mehrheitsverhältnisse bei den Wahlen auf den Kopf gestellt.

b) Während heute in den kleinen Gemeinden die BürgerInnen bis zu sieben Stimmen haben, die sie den KandidatInnen ihrer Wahl unabhängig zur Parteizugehörigkeit geben können, haben die WählerInnen in den Orten über 10 000 EinwohnerInnen nur eine Stimme. Durch die Möglichkeit, dass die WählerInnen z. B. durch Kumulieren und Panaschieren Einfluss auf die Auswahl der KandidatInnen zur Kommunalwahl ausüben können, wird mehr Demokratie gelebt. Die Auswahl der KandidatInnen würde dann nicht mehr allein nach Parteiräson erfolgen, sondern die Bekanntheit und das Ansehen der KandidatInnen würde eine zusätzliche Rolle bei der Wahl der KommunalvertreterInnen spielen. Das würde zwar nicht zwangsläufig zu einer erhöhten Wahlbeteiligung führen, aber das Argument „man könne ja sowieso nichts bewegen“ würde zumindest nicht mehr stimmig sein.

Bei der Auswahl des Verfahrens können bereits die Erfahrungen aus elf Bundesländern genutzt werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass das Wahlverfahren möglichst einfach und fehlertolerant ist, dass es den Parteien viel Flexibilität gibt und keine Hürden für kleine Parteien oder Wählergruppen aufgebaut werden.

c) Viele Menschen, die mitten im Leben oder in der Ausbildung stehen, kandidieren nicht bei den Kommunalwahlen, da sie die Belastungen durch Beruf, Kinder und sonstige Anforderungen nicht für fünf Jahre überblicken können. Die Möglichkeit, zeitweilig sein Mandat niederzulegen (ob wegen Prüfungsphase, Kindergeburten, Auslandsaufenthalt usw.) und danach ggf. das Ehrenamt wieder aufleben zu lassen, würde es vielen Menschen erleichtern, sich für eine Kandidatur zu entschließen. Dies könnte z. B. dadurch geschehen, dass gewählte Stadt-, Kreis- oder Gemeinderäte nach einem Verzicht auf das Amt wieder auf die Liste kommen und so erneut nachrücken können.

### **AntragstellerInnen:**

*Gisela Schulz, KV Kiel  
Claudia Ulrich, KV Kiel  
Karl-Martin Hentschel, KV Plön  
Monika Friebel, KV Plön  
Ruth Kastner, KV Stormarn  
Rasmus Andresen, KV Flensburg  
Willi Voigt, KV Kiel  
Werner Auer, KV Lübeck  
Christiane Balzer, KV Ostholstein  
Christine Berg, KV Steinburg  
Wolfgang Boppel, KV Plön*

*Rainer Borchering, KV Nordfriesland  
Angelika Brettschneider, KV Rendsburg-Eckernförde  
Andrea Danker-Isemer, KV Plön  
Uwe Deppe, KV Schleswig-Flensburg  
Martin Drees, KV Plön  
Susanne Elbert, KV Plön  
Irene Fröhlich, KV Nordfriesland  
Uwe Hansen, KV Plön  
Arne Langniß, KV Kiel  
Michael Meggle, KV Plön*

*Gisela Pallin, KV Kiel  
Dieter Priegann, KV Rendsburg-Eckernförde  
Dirk Ramm, KV Stormarn  
Elisabeth Saggau, KV Kiel  
Michael-Sven Schattka, KV Schleswig-Flensburg  
Johannes Steen, KV Kiel  
Gerd Weber, KV Plön  
Schamal Zangana, KV Kiel  
Michael Zietz, KV Stormarn*

## **Antrag zum Landesparteitag: In Bildung investieren – Aufkommen aus der Besteuerung von großen Vermögen erhöhen !**

In keinem Land der Eurozone sind Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Diese Ungleichheit schadet der gesellschaftlichen und ökonomischen Dynamik. Zahlreiche Studien belegen, dass fehlende Aufstiegschancen die gesamte Volkswirtschaft lähmen. Während in der Wissenschaft die Erkenntnis gereift ist, dass Ungleichheit Gift für unsere Gesellschaft ist, blenden Interessenverbände der Wirtschaft und viele ihnen verbundene Politiker diese Erkenntnis aus. Statt für Aufstiegschancen für alle kämpfen Sie für die Privilegien von Wenigen.

### **Fehlentwicklungen müssen korrigiert werden**

In den kommenden 20 Jahren werden in Deutschland große Vermögen in die nächste Generation vererbt. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Dezember 2014 zur Verschonung von Betriebsvermögen muss die Erbschaftsteuer überarbeitet werden. Diese Chance muss genutzt werden, um Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Seit der Abschaffung der Vermögensteuer 1997 und der Reform der Erbschaftssteuer 2008 zahlen Multimillionäre in Deutschland kaum noch Steuern, da auch die Wertzuwächse der Anteile an Großunternehmen durch die Einkommenssteuer kaum erfasst werden. Bei der Erbschaftssteuer zahlten im Jahre 2013 die Erben von Vermögen über 20 Millionen nur durchschnittlich 1,5 Prozent Steuern, obwohl auf diese Erben fast die Hälfte der vererbten Vermögen entfallen. Dagegen zahlen die Erben von Vermögen bis 5 Mio. Euro 80 Prozent der Erbschaftssteuer – ein Zustand den das Bundesverfassungsgericht zu Recht als verfassungswidrig beurteilt hat.

### **Eckpunkte für eine Reform der Erbschaftssteuer**

Schleswig-Holstein ist ein Land der kleinen und mittelständischen Wirtschaftsunternehmen. Wir Grüne werden daher keiner Erbschaftsteuerreform zustimmen, die diese Unternehmen in der Substanz gefährdet.

Eine automatische Verschonung von Betriebsvermögen lehnen wir dagegen ab. Denn nicht jeder Verband, der unter dem Deckmantel der Wirtschaftsfreundlichkeit knallharte Lobbyarbeit betreibt, setzt sich für mittelständische Betriebe ein. „Bei größeren Unternehmen sind die weitgehenden Verschonungsregeln für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Unternehmensnachfolge nicht erforderlich, teilweise sind sie sogar kontraproduktiv“ (Stefan Bach, DIW-Gutachten 2015).

Im Gegensatz zu den Lobby-Verbänden, die die Privilegien für Superreiche verteidigen, hat der Bundesfinanzminister Schäuble nun eine weitgehende Rückkehr zur Besteuerung von Erbschaften über 20 Millionen Euro vorgeschlagen: Die Freistellung von Unternehmenswerten von der Erbschaftssteuer soll grundsätzlich einer Bedürfnisprüfung unterliegen. Dies begrüßen wir. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag, dass zukünftig auch bereits vorhandene Privatvermögen zur Zahlung der Steuerschuld herangezogen werden soll.

Große Unternehmen wie beispielsweise die Familienunternehmen Quandt oder Albrecht müssen stärker als bisher zum Allgemeinwohl beitragen. Deshalb setzen wir uns für weitere Progressionsstufen für Erbschaften von mehr als 50 Millionen Euro ein.

Die zahlreichen Praktiken der Steuervermeidung wie die wiederholte Ausnutzung der Freibeträge durch Schenkungen, die Gründung von Cash-GmbHs und andere Konstruktionen, Geldvermögen als Betriebsvermögen zu verkleiden, sollen systematisch unterbunden werden.

### **Das Bildungssystem strukturell stärken**

Wir Grüne wollen Aufstiegschancen für alle. Gute Bildung ist die Zukunft unseres Landes. Deshalb hat die Küstenkoalition bereits kräftig in das Bildungssystem investiert. Die von uns freigeschaufelten Mittel für Kitas, Schulen und Hochschulen reichen aber nicht aus, um die bestehenden Defizite zu 100 % abzubauen. Mehr Qualität für Kindertagesstätten, verlässliche Unterrichtsversorgung, Ganztagschulen, Inklusion und die Stärkung der Hochschulen stehen weiter auf unserer GRÜNEN Agenda.

Wir GRÜNE werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer im Rahmen der geplanten Gesetzgebung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes erhöht wird. Wir brauchen die Mittel, um in Bildung zu investieren!

### **Weitere Schritte zu einer gerechten Vermögensbesteuerung**

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat festgestellt, dass die Ungleichheit in der Gesellschaft durch ein starkes Wachstum von Kapitaleinkommen in den vergangenen Jahrzehnten extrem gestiegen ist. Diese Entwicklung zu wachsender Ungleichheit gefährdet die Chancengleichheit und damit die Demokratie in ihrer Substanz. Deswegen muss auch nach einer Reform der Erbschaftssteuer die Besteuerung von Vermögen und Einkommen weiter entwickelt werden, um eine stabile und nachhaltig akzeptable Einkommens- und Vermögensverteilung zu gewährleisten.

Während die Erbschaftsteuer die Übertragung der ungleichen Vermögenskonzentration in die nächste Generationen lindern kann, haben andere Formen von Vermögensbesteuerungen oder -abgaben eine direkte Verteilungswirkung innerhalb einer Generation. Dazu gehören auch Vorhaben wie die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die bereits von einigen Staaten der EU geplante Finanztransaktionssteuer, die Umsetzung der vom Europaparlament verabschiedeten Gesamtkonzernsteuer (GKKB – Besteuerung von Unternehmen am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten) und die Einbeziehung von Wertzuwächsen von Vermögen in die Einkommenssteuer nach dem Vorbild der USA.

### **AntragstellerInnen:**

*Karl-Martin Hentschel, KV Plön*

*Monika Heinold, KV Kiel*

*Rasmus Andresen, KV Flensburg*

### **„Offene Mail“ an unsere Bundestagsabgeordneten: Völkermord an den Armeniern darf nicht vergessen werden!**

Ihr lieben Nordlichter,  
sicherlich gibt es in der Welt im Augenblick an vielen Orten etwas anzufassen; es brennt scheinbar überall. Gleichwohl darf Vergangenes nicht vergessen oder verdrängt werden: Der 24. April, der dem Gedenken an Mord und Deportation am armenischen Volk im Osmanischen Reich Rechnung trägt, jährt sich in diesem Jahr zum 100. Mal. Die Türkei als Rechtsnachfolger

des Osmanischen Reiches weigert sich bis heute, diesen Völkermord anzuerkennen und damit die Voraussetzung zu schaffen für Versöhnung und Frieden zwischen beiden Völkern. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich einer Anerkennung des Völkermordes bisher verschlossen.

Ich empfehle Euch, nach Möglichkeiten im parlamentarischen Betrieb des Bundestages zu suchen, um dieses für Deutschland ungelöste Problem neu anzupacken. Ich verweise auf die Veröffentlichung der Gesellschaft für bedrohte Völker aus dem Jahre 2005 anlässlich der damaligen Debatte im Bundestag

<http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=138&highlight=armenien>

und auf Fakten und internationale Bewertungen unter

[http://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerkermord\\_an\\_den\\_Armeniern](http://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerkermord_an_den_Armeniern).

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit!

Mit freundlichem Gruß

Gerd Dreßler

Kreistagsfraktion Plön **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## **10. März 2015: Flagge zeigen für Tibet!**

Am 10. März jeden Jahres erinnern Tibeter und Tibetunterstützer an den Volksaufstand von 1959, der von den chinesischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde. Sie setzen damit ein Zeichen gegen die fortwährende Verletzung des Rechtes des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung und protestierten gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung der tibetischen Kultur, Religion und nationalen Identität.

Der Deutsche Bundestag stellte im Jahr 1996 mit einer sehr großen Mehrheit die gewaltsame Unterdrückung Tibets und Repressionspolitik Chinas fest: „Beginnend mit den unmenschlichen Militäraktionen seit dem Einmarsch Chinas im Jahr 1950, dauert die gewaltsame Unterdrückung Tibets und seines Strebens nach politischer, ethnischer, kultureller und religiöser Selbstbestimmung bis heute an. Die fortgesetzte Repressionspolitik Chinas in Tibet hat schwere Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen sowie massive wirtschaftliche, soziale, rechtliche und politische Benachteiligungen der tibetischen Bevölkerung und letztlich die Sinisierung Tibets zur Folge.“

Am 23. Dezember 2014 meldete der Rundfunksender Radio Free Asia (RFA) unter Berufung auf örtliche Quellen, dass sich eine Tibeterin aus Protest gegen die Politik Pekings angezündet habe und ihren schweren Verletzungen erlegen sei. Seit 2009 habe sich gem. dpa mehr als 130 Tibeter angezündet, die meisten starben dabei.

Auch im Erlengrund in Preetz hat die Tibet-Flagge mit ihrer aussagekräftigen Symbolik am 10. März wieder geweht. Wir wollen auf die Situation des tibetischen Volkes aufmerksam machen,

das sich durch ständige Benachteiligung einem wachsenden chinesischen Einfluss in allen Bereichen des täglichen Lebens ausgesetzt sieht.

Vor dem Hintergrund der akuten Konflikte, Kampfhandlungen und terroristischen Gewalt – auch im Namen von Religionen - in vielen Teilen der Welt darf nicht in Vergessenheit geraten, dass in Tibet tagtäglich Angehörige der tibetischen Ethnie Unterdrückung erfahren und der Willkür einer Politik ausgesetzt sind, die durch den

Alleinvertretungsanspruch der in China herrschenden Partei bestimmt ist. Dieses Phänomen einer repressiven Politik gegenüber Teilen der Bevölkerung ist vermehrt dort anzutreffen, wo autoritäre Regime ihre Macht auf Gewalt gründen und Minderheiten als nicht-systemkonform stigmatisiert werden. So auch in Chinas anderem Autonomem Gebiet Xinjiang, wo die muslimischen Uiguren einer Bevölkerungspolitik unterliegen, die so einem sich dort ausbreitenden Islamismus begegnen will.



Zahlreiche Organisationen und Initiativen widmen sich der Information der Öffentlichkeit über das Unrecht an den Tibetern und rufen u.a. auf zur Teilnahme an Aktionen zum jährlich begangenen Internationalen Tibet-Tag. In Deutschland wehen am 10. März wieder in über 1000 Gemeinden, Städten und Kreisstädten die Flaggen Tibets. Wir möchten mit diesem Aufruf die Idee weitertragen.

*Gerd Dreßler, Helma Koch-Dreßler*

## **Resolution der Stadtvertretung Lütjenburg zu TTIP**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr verehrte Frau Doktor Merkel,  
sehr geehrte Damen und Herren BundesministerInnen der Bundesregierung!

Die Stadtvertretung der Stadt Lütjenburg hat am 25.03.2015 folgende im Wortlaut wiedergegebene Resolution beschlossen:

Die aktuellen Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA sind für alle BürgerInnen unseres Staates transparent zu führen und deren Ergebnisse weiterhin zeitnah zu veröffentlichen.

Es dürfen keine Verschlechterungen der deutschen Standards – weder in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt- und Datenschutz noch bei Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechten eintreten.

Die BürgerInnen Lütjenburgs lehnen alle Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ab. Das bewährte System der Daseinsvorsorge darf nicht angetastet werden. Deshalb muss es selbstverständlich auch weiterhin zum Beispiel kommunale Krankenhäuser, Wasser- und Stadtwerke geben.

Wir fordern, dass kulturelle Einrichtungen, wie zum Beispiel Theater und Museen u.a.m., weiterhin subventioniert werden dürfen, dass im Übrigen die Buchpreisbindung beibehalten und der öffentlich-rechtliche Status von Rundfunk und Fernsehen in Deutschland unangetastet bleiben wird.

Es darf keinerlei Freihandelsabkommen geben, bei denen rechtsstaatlich getroffene, demokratisch legitimierte Entscheidungen von Parlamenten (sei es auf kommunaler -, Landes- oder Bundesebene), die dem Allgemeinwohl in Deutschland dienen, durch internationale Konzerne vor Schiedsgerichten – gleich welcher Art – angegriffen werden können.

Wir solidarisieren uns mit allen bisher erhobenen gleichlautenden Einsprüchen deutscher Kommunen und des Landkreistages gegen die zurzeit geübte Verhandlungspraxis und verlangen die Einbeziehung aller an der Gestaltung der Freihandelsabkommen interessierten BürgerInnen unseres Staates in die derzeit laufende Diskussion.

Die Stadtvertretung Lütjenburgs hofft darauf, im Interesse der Bürgerschaft mit ihrer Resolution Gehör zu finden.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Siegfried Klaus,  
Bürgermeister in Lütjenburg

Dirk Sohn,  
Bürgermeister in Lütjenburg

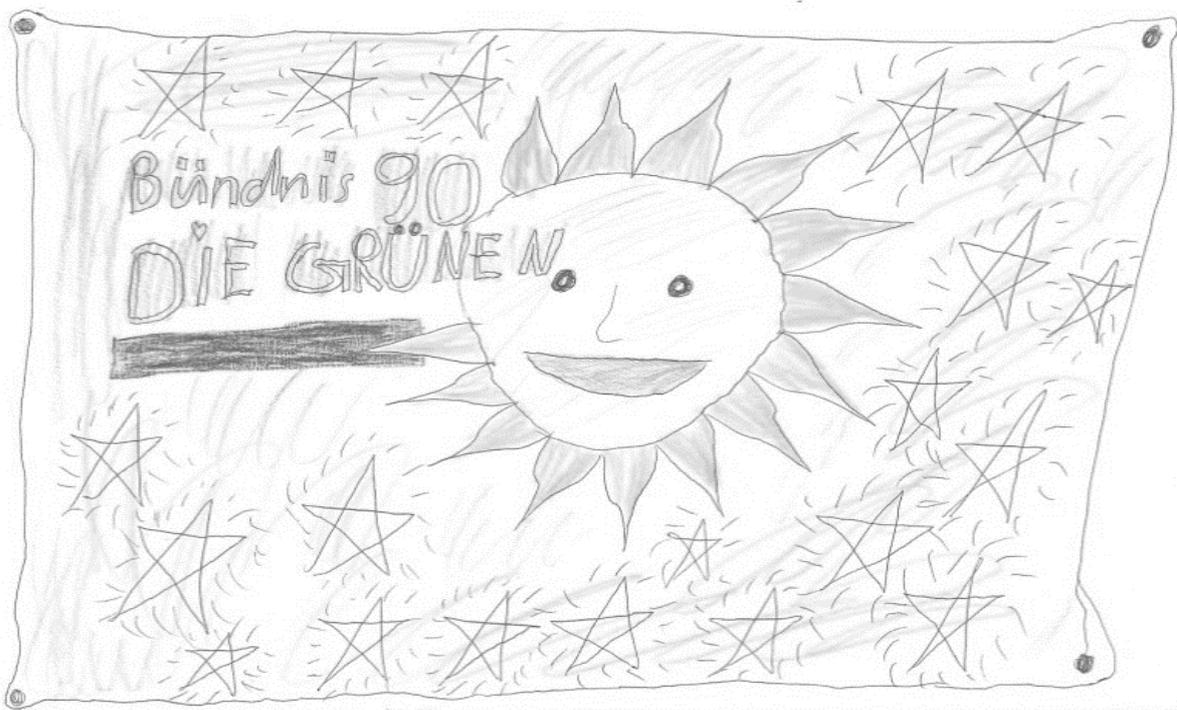
*Die Resolution wurde einstimmig – also auch mit den Stimmen von CDU und SPD – von der Stadtvertretung verabschiedet. Maßgeblichen Anteil daran hatte die GRÜNEN-Fraktion mit ihrer Vorsitzenden Andrea Danker-Isemer.*

## **Ortsverband Probstei: Fracking und Schwimmhalle bleiben Thema**

### **GRÜNE Sachthemen für die Probstei**

Die Fracking-Informationsveranstaltung des Kreises Plön am 29. Januar in Schönberg zeigte deutlich, wie brisant das Thema für unsere Region ist. Der gut besuchte große Saal im Restaurant Am Rathaus war restlos besetzt. Viele Einwohner innen aus dem Kreis zeigten an diesem Abend nachdrücklich ihre Ablehnung zum Thema Fracking. Unser Umweltminister Robert Habeck brachte sogar die Vertreter der Landwirte zu einem Schulterschluss gegen eine derartige Zerstörung unserer Natur. Leider haben die Vertreter innen der Aufsuchungsfirmen kurzerhand abgesagt und nahmen die Empörung der Bürgerinnen und Bürger nicht direkt wahr. Vorwürfe von Seiten der CDU gegen den Umweltminister SH wurde sowohl durch die Erklärungen von Robert zum Bergbaurecht als Bundesrecht zurückgewiesen, als auch durch den aktuellen Gesetzentwurf der CDU-SPD Bundesregierung. Entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung scheint es als solle Fracking durch die Hintertür ermöglicht werden. Um das zu verhindern will der OV Probstei nun eine Projektgruppe initiieren, die die Menschen in unserer weiterhin Aufklären will.

Schaffen können wir das nur mit dem Engagement vieler Mitglieder und unserer Interessierten, die in den letzten Jahren deutlich mehr geworden sind. Mit knapp 40 Mitgliedern im OV wollen und können wir auch stärker in den Gemeinden auftreten und Bürgerbeteiligung unterstützen. Das gilt für den Natur- und Umweltschutz genauso wie für die Flüchtlingshilfe als Teil unserer Willkommenskultur!



Diese Ziele haben Anett und Michael auf der OV Sitzung Ende März im Zuge der Wahlen zur Sprecherin / zum Sprecher des OV's angeregt. Beide wurden von den anwesenden Mitgliedern bestätigt und bedankten sich für das Vertrauen.

Während der OV-Sitzung hat Anais, die Tochter unserer Mitglieder Gudrun und Hartmut, dieses Bild für uns gemalt.

VIELEN DANK !

#### **...und in Laboe**

Auf der Veranstaltung der GRÜNEN aus der Region und dem Förderverein zum Erhalt der Schwimmhalle Laboe wurden verschiedene Aspekte und Möglichkeiten ausgelotet. Da dieses Thema sich allein aus rein finanziellen Gründen so vielschichtig darstellt, konnte auch noch kein endgültiger Lösungsvorschlag erarbeitet werden. Zumindest in der Anerkennung des Bürgerentscheides und ihrer Auswirkung sollte sich eine GRÜNE Linie zeigen, oder wie Olaf es ausdrückte: „Verspielt bitte nicht das Vertrauen eurer Wähler.“

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei Heidrun und Kai, die sich in Laboe engagiert um die Betreuung der ankommenden Flüchtlinge kümmern. Beide koordinieren ehrenamtlich die Hilfsangebote der Bürgerinnen und Bürger. Da es leider schon zu schriftlichen Angriffen gegen die Helfenden aus Laboe kam, möchten wir deutlich unserer Unterstützung zusagen und uns weltoffen zeigen.

Herzlichst  
Anett und Michael

# KV Plön Finanzstatus 2015, Abschluß 2014, Neuplanentwurf 2016-2019

Jahr	Forecast	Abschluß	Plan	IST	Vorschau	Kommentar	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Kommentare
		2014 Stand 31.12.2014											
Reinvermögensvortrag 01.01.		7.917	23.380	23.380	23.380		23.380	29.480	32.830	18.680	4.780		
Wahlen:						im Wesent- lichen:			LTW 2016 BTW 2017	KoW 2018			
<b>Einnahmen</b>													
1.	Mitgliedsbeiträge	24.400	22.000	6.507			22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
2.	Mandatsträgerabgaben	10.869	8.000	1.289			8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
3.	Geldspenden	865	1.000	118			1.000	1.000	2.000	2.000	2.000	1.000	Spende 2017 +500€
4.	Spenden - Auslagenverzicht	7.214	2.500	74			2.500	2.500	4.500	4.500	4.500	2.500	Verzicht 2017 +1000€
5.	bekannt, aber noch nicht gebucht												
9.	Grundfinanzierung - Bund / Land	14.895	15.000	0			12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	Wahlkampffahr immer
10.	Erstattungseinnahmen	2.035	1.200	50			1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	erhöhte Spenden
10.	Sonstige Einnahmen		0				0	0	0	0	0	0	
	<b>Gesamt -Einnahmen</b>	<b>60.278</b>	<b>49.700</b>	<b>8.038</b>	<b>0</b>		<b>47.200</b>	<b>47.200</b>	<b>50.200</b>	<b>50.200</b>	<b>47.200</b>	<b>47.200</b>	
<b>Ausgaben</b>													
11.	Personalkosten	9.365	13.500	1.336			13.500	15.750	15.750	16.000	16.000	16.000	16.000
	- Anteil an einer Kommuno- Stelle		250				500	500	500	500	500	500	500
14.	Sachausgaben lfd. Geschäftsbetrieb	4.224	1.000	272			1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
15.	Sachausgaben allg. pol. Arbeit KV	10.827	7.000	2.250			6.000	6.500	6.500	7.000	7.000	7.000	7.000
17.	Sachausgaben allg. pol. Arbeit OV Vorsorge		8.000				9.000	9.000	4.500	4.500	4.500	9.000	Summe
17.	Öffentlichkeitsarbeit												alle Wahlkämpfe = 48.000 Euro
18.	Wahlen	7.063							10.000	10.000	12.000		KoW 2018
19.	Risiko Wahlkampf a 1.000€ pro WK								8.000	8.000			LTW 2017
19.	WK - Personalkosten extra								4.000	4.000			BTW 2017
20.	Zuschuss an Andere		300				300	300	1.000	1.000	1.000	1.000	Puffer 2017/2018
21.	Beitragsanteile - Bund	5.018	3.650	0			3.650	3.650	3.650	3.650	3.650	3.650	WK Teams 2017/2018
22.	Beitragsanteile - Land	5.904	4.480	0			4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	
23.	Beitragsanteile - GJ		300				300	300	300	300	300	300	
24.	Dienstleistungsvertrag Buchhaltung		2.000				2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	
25.	Zuschüsse u. Umlagen LV	2.406	300	0			300	300	300	300	300	300	
26.	Sonstige Ausgaben	8	70	0			70	70	70	70	70	70	
	Ausgaben bekannt, noch nicht gebucht	0		0								0	
	<b>Gesamt -Ausgaben</b>	<b>44.815</b>	<b>40.850</b>	<b>3.858</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>41.100</b>	<b>43.850</b>	<b>64.350</b>	<b>64.100</b>	<b>44.600</b>	<b>44.600</b>	
	<b>Gewinn- und Verlust</b>	<b>15.463</b>	<b>8.850</b>	<b>4.180</b>	<b>0</b>	<b>17.800</b>	<b>6.100</b>	<b>3.350</b>	<b>-14.150</b>	<b>-13.900</b>	<b>2.600</b>	<b>2.600</b>	
	<b>Reinvermögen per 31.12.</b>	<b>23.380</b>	<b>32.230</b>	<b>27.559</b>	<b>23.380</b>	<b>0</b>	<b>29.480</b>	<b>32.830</b>	<b>18.680</b>	<b>4.780</b>	<b>7.380</b>	<b>7.380</b>	